

## **Resolution der Bundesdelegiertenversammlung des Familienbundes der Katholiken zur aktuellen Politik der neuen Bundesregierung**

Berlin, 31. März 2014

Wir, die Delegierten des Familienbundes der Katholiken, erklären hiermit:

Familien brauchen Zeit und Infrastruktur, sie brauchen aber auch verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die bisherigen Weichenstellungen der neuen Bundesregierung zeigen eine ernüchternde Familienvergessenheit und führen dadurch zu Enttäuschungen bei Familien. Sie gefährden damit nachhaltig die Zukunft unserer ganzen Gesellschaft, die auf das Miteinander der Generationen angewiesen ist.

Familien sind insbesondere darüber enttäuscht, dass das Wahlkampf-Versprechen der CDU / CSU für eine Kindergelderhöhung von 35 Euro für jedes Kind nicht eingelöst wurde, ebenso wie das Versprechen der SPD, das Kindergeld für Familien mit niedrigen Einkommen deutlich anzuheben. Der Koalitionsvertrag dokumentiert den Wortbruch dieser zuvor gemachten Aussagen. Mehr noch: die notwendige Kindergelderhöhung in diesem Jahr, die sich aus der verfassungsrechtlich gebotenen Anhebung des steuerlichen Kinderexistenzminimums ergibt, wird nach dem Willen der Regierung auf das Jahr 2016 verschoben. Und das vor dem Hintergrund der nach wie vor gravierenden Kinderarmut in Deutschland.

Der Familienbund kritisiert auch den Plan der Bundesregierung, in den kommenden Jahren mehrere Milliarden Euro den gesetzlichen Krankenkassen zu entziehen, um damit den Bundeshaushalt zu sanieren. Damit wird der seit 2006 im Gesundheitsfonds verankerte ordnungspolitische Grundsatz aufgegeben, dass die Behandlungskosten von Kindern als gemeinschaftliche Verantwortung der gesamten Gesellschaft von allen Steuerpflichtigen aufzubringen sind. Die fehlenden Steuermittel werden absehbar zu Mehrbelastungen der versicherten Beschäftigten und ihrer Familien führen - sie gehören als Pflichtversicherte zu unteren bis mittleren Einkommensgruppen.

Wir halten es für unverantwortlich, dass das wachsende Problem der Altersarmut in das jetzt geschnürte Rentenpaket nicht aufgenommen wurde. Von wachsender Altersarmut aber sind insbesondere auch Eltern betroffen, die wegen der Kindererziehung – einer unverzichtbaren Bedingung für den Fortbestand des Rentensystems – ihre Erwerbstätigkeit eingeschränkt oder unterbrochen haben.

Wir begrüßen nachdrücklich die geplante „Mütterrente“, die ein wichtiger Schritt zur Verringerung der Ungleichbehandlung von Erziehungszeiten ist. Sie muss jedoch aus Steuermitteln finanziert werden. Beiträge der Versicherungsgemeinschaft sind keine beliebige Verfügungsmasse, um den Staatshaushalt zu sanieren.

Wir erinnern daran, dass das Bundesverfassungsgericht bereits im Jahre 1990 darauf hingewiesen hat, dass auch eine schwierige Haushaltslage des Bundes nicht geeignet ist, notwendige verfassungsrechtliche Vorgaben gegenüber Familien außer acht zu lassen. Umso mehr vermischen Familien gegenwärtig ein klares Bekenntnis und konkrete Politikansätze, die die Vorgabe des in Art. 6 GG verbrieften besonderen Schutzes von Ehe und Familie zum Ausdruck bringen.

-----